

Wir sollten die Einwanderung über ein Punktesystem regeln

Beschränkungen für hochqualifizierte Ausländer schaden unserer Wirtschaft

Monika Büttler

NZZ am Sonntag, 25. April 2010

Meine akademische Laufbahn begann vor Jahren in den Niederlanden. Mit einer bösen Überraschung: Als Nicht-EU-Ausländerin hatte ich keine Arbeitsbewilligung. Die Universität Tilburg konnte zwar zeigen, dass sie trotz internationaler Ausschreibung keinen geeigneten EU-Bewerber gefunden hatte. Doch hatte sie versäumt, die Stelle in Niederländisch auf dem lokalen Arbeitsamt auszuschriften.

Mein damaliger Chef fand eine kreative Übergangslösung. Drei Monate später lag der Nachweis vor, dass es in ganz Brabant keinen qualifizierten Konkurrenten gab. Die Arbeitsbewilligung folgte umgehend.

So sehr mich damals das Verfahren belastete, so paradiesisch empfänden es wohl die meisten hiesigen Firmen, welche Spezialisten aus Nicht-EU-Ländern anstellen wollen. Es genügt nämlich nicht zu zeigen, dass es weder auf dem heimischen noch im EU-Markt genügend qualifizierten Bewerber gibt. Eine Firma braucht noch das Glück, für ihre Kandidatin einen Platz im Kontingent zu ergattern.

Die Chance auf einen Treffer in diesem Bewilligungs-Lotto sind drastisch gesunken, seitdem der Bundesrat das Kontingent für Nicht-EU-Staaten halbiert hat. Nicht-EU Staaten sind nicht nur Exoten, sondern auch die USA, Kanada und Australien – typische Herkunftsländer der in der Schweiz hochbegehrten Spezialisten.

Mit der Kontingent-Machete will der Bund die Beschäftigung sichern. Lächerlich, wenn man die Zahlen ansieht: Den 2000 unbeschränkten ("B") und 3500 kurzzeitigen ("L") Aufenthaltsbewilligungen an Nicht-EU-Bürger stehen rund 50'000 B- und L-Bewilligungen gegenüber, die im letzten Jahr an Personen aus EU17- und EFTA-Staaten ausgestellt wurde. Zudem erhielten 10'542 Personen Asyl (oder ähnliches), davon allein 2700 als Härtefälle. Kurz: Doppelt so viele Nicht-Europäer kommen zu einer Bewilligung via Asyl als via Kontingent – Illegale nicht mitgezählt.

Die staatlich finanzierte Standortförderung lockt ausländische Firmen in die Schweiz, während ihnen eine andere staatliche Stelle die Talent-Arterie abschnürt. So werben die Standortförderer mit internationalen Schulen. Doch gerade diesen (staatlich kaum unterstützten) Schulen fehlen nun die Lehrer aus den Drittstaaten.

Die Kontingent-Bürokratie trifft gerade kleine Firmen ohne eigene Rechtsabteilung und mit wenig Möglichkeiten, sich strategisch zu verhalten. Am meisten leiden die von Spezialisten abhängigen Wachstumsbranchen wie IT Firmen, Schulen und Forschungsanstalten.

Die momentan diskutierte Lockerung des Kontingents bringt wenig. Mengenkontingente ohne Qualitätskriterien sind ein Auto mit Gas und Bremse, aber ohne Steuerrad. Sie frotieren sich gleichermaßen um die Qualifikation der Einwanderer und um die Bedürfnisse der schweizerischen Wirtschaft. Auch der importierte Wein wurde mit der Kontingentierung nicht besser – nur teurer.

Dabei gäbe es bewährte Alternativen. Australien und Kanada regeln die Einwanderung anhand eines Punktesystems. Ein Unternehmen kann eine Spezialistin einstellen, falls diese eine genügend hohe Punktezahl aufgrund von Ausbildung, Berufserfahrung und Sprachkenntnissen erreicht. Das Punktesystem kann flexibel an die Bedürfnisse eines Landes angepasst werden. Vor allem schafft es für Arbeitgeber und Arbeitnehmer Rechtssicherheit – einer der höchsten Schweizer Standort-Trümpfe.

Als Arbeitgeber wird in der Öffentlichkeit nur gehört, wer abwandern kann. Google Schweiz brachte kurz Bewegung ins Dossier. Doch die meisten Firmen können nicht einfach weg und haben in der Politik und den Medien keine Stimme. Anders ein in der Schweiz mehrfach vorbestrafter, in seinem Heimatland in keiner Weise bedrohter Kolumbianer: Sein Fall rührte die Tränen der Härtefallkommission und füllte während Tagen mehrere Seiten in der Tageszeitung. Wenigstens hatte die frisch aus dem Kontingent geworfene Englisch-Übersetzerin beim Warten auf den Rückflug nach Kanada etwas zu lesen.

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und Direktorin des **Schweizerischen** Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung.